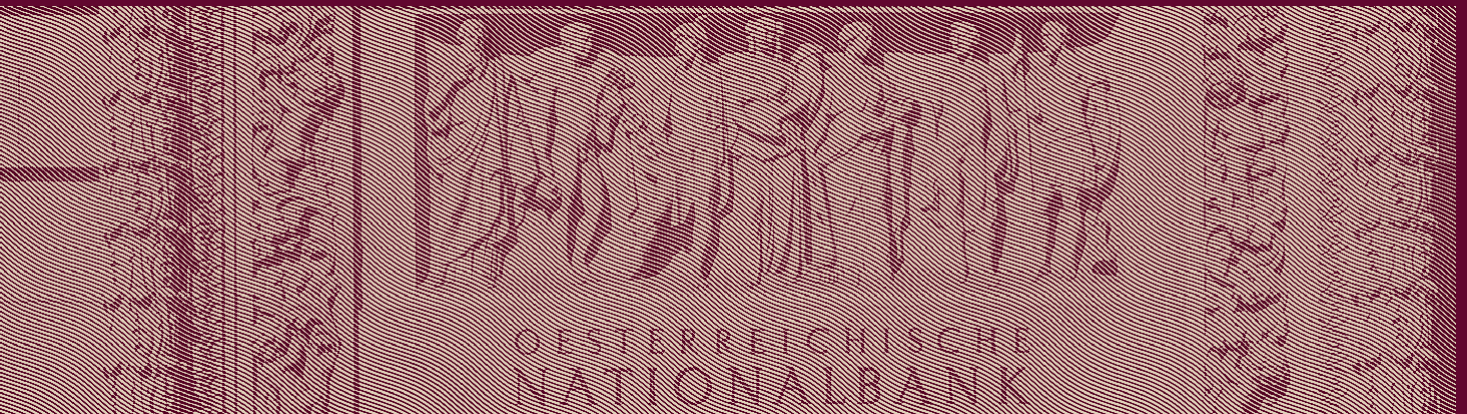


INFLATION AKTUELL

Die Inflationsanalyse der OeNB



Vor dem Hintergrund des Preisstabilitätsziels des Eurosystems analysiert *Inflation aktuell* vierteljährlich die Inflationsentwicklung in Österreich und enthält zusätzlich eine Inflationsprognose sowie zumindest ein aktuelles Schwerpunktthema.

**Medieninhaberin und
Herausgeberin** Oesterreichische Nationalbank
Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien
Postfach 61, 1011 Wien
www.oenb.at
oenb.info@oenb.at
Tel. (+43-1) 40420-6666
Fax (+43-1) 40420-04-6698

Schriftleitung Gerhard Fenz

Inhaltliche Gestaltung Friedrich Fritzer, Doris Prammer

Redaktion Marc Bittner

© Oesterreichische Nationalbank, 2023.

Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Im Sinne der besseren Lesbarkeit wird teilweise auf geschlechtergerechte Formulierungen verzichtet. An ihrer Stelle verwendete Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter.

Überblick

Höhepunkt der Inflationsdynamik überschritten – aber weiterhin starke Preisdynamik in fast allen Sektoren

Die österreichische HVPI-Inflationsrate war auch in den letzten Monaten des Jahres 2022 außergewöhnlich hoch. Der Höhepunkt der Inflationsentwicklung wurde aber bereits überschritten. Nach 11,6 % im Oktober verringerte sich die HVPI-Inflationsrate im November auf 11,2 %. Die Strompreisbremse sowie geringere Treibstoffpreise führten im Dezember zu einem weiteren Rückgang auf 10,5 %.¹ Damit ergibt sich eine Inflationsrate für das Jahr 2022 von 8,6 %² – der höchste seit Beginn der Währungsunion gemessene Wert. Die hohe Teuerungsrate in den letzten Monaten ist nun allerdings nicht mehr vornehmlich auf die Entwicklung der Energiepreise zurückzuführen. Weniger als ein Drittel des Inflationsanstiegs seit August 2022 geht auf Energie zurück. Die Preisdynamik geht zunehmend von anderen Sektoren aus. Etwas mehr als ein Drittel ist auf den Preisanstieg bei Industriegütern ohne Energie zurückzuführen und die Beiträge von Dienstleistungen und Nahrungsmittel verzeichnen eine starke Aufwärtstendenz. Die Endverbraucherpreise für Energie sind zuletzt – ausgehend von einem sehr hohen Niveau – aufgrund niedrigerer Rohölpreise sowie Großhandelspreise für Strom und Gas leicht gesunken, insbesondere die Preise für Treibstoffe. Der Preisdruck in der Landwirtschaft, in der Industrie sowie im Dienstleistungssektor blieb hingegen angesichts steigender Produktionskosten in Folge des hohen Niveaus der Rohstoffpreise und des ausgeprägten Arbeitskräftemangels hoch. Die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflation lag im November 2022 bei 6,8 % und damit um 1,4 Prozentpunkte höher als im August. Für den Anstieg der Kerninflationsrate war vor allem die Preisentwicklung im Gastgewerbe, bei Mieten sowie Möbeln, aber auch jene bei der tendenziell volatilen Gruppe „Bekleidung und Schuhe“ verantwortlich.

HVPI-Inflationsrate sinkt 2023 auch aufgrund staatlicher Maßnahmen gegen die Teuerung auf 6,5 %

Laut aktueller Inflationsprognose der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) wird die HVPI-Inflationsrate 2023 zurückgehen und im Jahresdurchschnitt 6,5 % betragen. In den beiden Folgejahren sinkt die Teuerung auf 3,6 % (2024) und 2,9 % (2025). Die Kerninflation (ohne Energie und Nahrungsmittel) erreicht 2022 5,0% und steigt aufgrund kräftiger Lohnkostensteigerungen sowie indirekter Effekte der Energiepreise im Jahr 2023 auf 5,6 % an. Erst 2024 sowie 2025 sinkt die Kerninflationsrate auf 3,5 % sowie 3,1 %, bleibt damit aber weiter deutlich über ihrem langfristigen Durchschnitt. Im Jahr 2023 führen sinkende Inflationsraten für Energie und das Auflösen der angebotsseitigen Verknappungen zu einem Rückgang der HVPI-Inflationsrate. Die Energiepreisentwicklung wird auch durch das Stromkostenzuschussgesetz und weitere fiskalpolitische Maßnahmen markant gedämpft. Hingegen ist die Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte nunmehr deutlich dynamischer als in der letzten Prognose erwartet. Dies wird insbesondere im Dienstleistungssektor zu einer Beschleunigung der Inflationsrate führen. Die Preise von Agrarrohstoffen sowie die landwirtschaftlichen Produktionskosten sind bis zuletzt angestiegen. Daher ist auch in den kommenden Monaten noch mit einer steigenden Inflationsrate bei Lebensmitteln zu rechnen. Die Inflationsrate für Nahrungsmittel wird im Jahr 2023 mit 7,9 % überdurchschnittlich hoch ausfallen und bis 2025 auf 2,9 % zurückgehen.

Entspannung bei Energie- und Großhandelspreisen setzt sich bei Erzeuger- und Endkundenpreisen fort

Die Preise für Rohöl beliefen sich im Dezember 2022 auf knapp 80 EUR pro Barrel Brent Crude und liegen – nach einem zwischenzeitlichen Hoch im Frühsommer – damit in etwa auf dem Niveau vor dem Ukraine-Krieg. Die Großhandelspreise für Strom und Gas sanken, bei hoher Volatilität, seit dem Sommer deutlich. Ebenso

¹ Schnellschätzung von Statistik Austria vom 05. Jänner 2023.

² Berechnung des Jahreswertes basierend auf der Schnellschätzung von Statistik Austria.

zeichnete sich bei der Entwicklung der Großhandels- und Erzeugerpreise eine Entspannung ab. Die Inflationsrate für Endkunden von Energie war im November 2022 mit 45,0 % nach wie vor sehr hoch, lag jedoch deutlich unter der bisher höchsten Inflationsrate vom September 2022 (56,7 %).

Hohe Auslastung, hohe Nachfrage, hohe Kosten: weiterhin starker Preisdruck bei Waren und Dienstleistungen ...

Die Inflationsrate für Dienstleistungen und jene für Nahrungsmittel kulminierten im November 2022 – beide erreichten den bisher höchsten Wert seit Bestehen der Währungsunion 1999. Auch die Inflationsrate von Industriegütern ohne Energie setzte ihre dynamische Entwicklung fort. Wiewohl sich agrarische Rohstoffpreise und Preise für Düngemittel sowie jene für Energie in Jahresverlauf auf hohem Niveau eingependelt haben bzw. leicht rückläufig waren, wirken sie in den Produktionskosten nach. Aufgrund der nach wie vor starken Nachfrage und hohen Auslastung können die hohen Kosten an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergegeben werden. Umfrageergebnisse der Europäischen Kommission zufolge rechnen die Dienstleistungsunternehmen mit weiter steigenden Preisen.

...aber Inflationserwartungen für 2023 rückläufig

Die von Consensus Economics erhobenen Inflationserwartungen der Prognoseinstitute liegen derzeit bei 6,0 % für 2023 und sind damit etwas niedriger als 2022 (2022: 8,4 %). Dieser Wert liegt moderat unter der aktuellen Inflationseinschätzung der OeNB für 2023. Auch die von der Europäischen Kommission erhobenen Inflationserwartungen der österreichischen Konsumentinnen und Konsumenten für die nächsten zwölf Monate weisen einen Rückgang auf.

Effekt der hohen Inflation auf den Staatshaushalt sind nur kurzfristig positiv

Insgesamt ist der Staatshaushalt kein Profiteur höherer Inflation, obwohl die staatlichen Einnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen inflationsbedingt stark wachsen. Höhere Inflation lässt auch die Staatsausgaben deutlich ansteigen, wenn auch – verglichen mit der Einnahmenseite – zeitlich etwas verzögert. Zudem ist der aktuelle „Inflationsschock“ ungünstig für die Entwicklung des realen Wirtschaftswachstums, wodurch die öffentlichen Finanzen über die automatischen Stabilisatoren negativ betroffen sind. In Summe verbessert der „Inflationsschock“ im Jahr 2022 den Budgetsaldo noch leicht und senkt die Schuldenquote. Mittelfristig führt der „Inflationsschock“ jedoch zu einer deutlichen Verschlechterung des Budgetsaldos und ab 2026 sogar zu einem Anstieg der Schuldenquote. Der deutlich negative mittelfristige Effekt auf die öffentlichen Finanzen ist einerseits auf den durch den „Inflationsschock“ ausgelösten Rückgang des realen Wirtschaftswachstums zurückzuführen. Andererseits hat die mit dem Jahr 2023 eingeführte Inflationsindexierung von Familienleistungen und Einkommensteuerstufen einen großen Effekt: Ohne diese Veränderung hätte ein Anstieg der Inflation (bei konstanter Entwicklung des realen BIP) auch mittelfristig eine positive Auswirkung auf die Staatsfinanzen.

Inflation aktuell – die Inflationsanalyse der OeNB

Friedrich Fritzer, Doris Prammer³

Überblick	2
1 Hohe Inflationsraten in den letzten Monaten des Jahres 2022	5
2 Rückgang der Gesamtinflationsrate im Jahr 2023 auf 6,5 % erwartet	7
Kasten I: Budgetärer Effekt des „Inflationsschocks“ 2021/2022	12
3 Grafikanhang: Erklärungsfaktoren für die aktuelle Preisentwicklung	15

Redaktionsschluss: 10. Jänner 2023

³ Oesterreichische Nationalbank, Referat Konjunktur, friedrich.fritzer@oenb.at, doris.prammer@oenb.at.

I Hohe Inflationsraten in den letzten Monaten des Jahres 2022

Die österreichische HVPI⁴-Inflationsrate war auch in den letzten Monaten des Jahres 2022 außergewöhnlich hoch. Der Höhepunkt der Inflationsentwicklung wurde aber bereits überschritten. Nach 11,6 % im Oktober verringerte sich die HVPI-Inflationsrate im November auf 11,2 %. Die Strompreisbremse und der weitere Rückgang der Rohöl- und Treibstoffpreise führten im Dezember zu einem weiteren Rückgang auf 10,5 % (Schnellschätzung von Statistik Austria). Der Anstieg der Teuerungsrate von 9,3 % im August 2022 – dem letzten Beobachtungswert, der in *Inflation Aktuell Q3/22* im Detail analysiert werden konnte – auf 11,2 % im November 2022⁵ wurde zu etwas mehr als einem Drittel von Industriegütern ohne Energie getrieben. Etwas weniger als ein Drittel des Inflationsanstiegs ist auf Energie zurückzuführen und in etwa ein Viertel auf die Dienstleistungspreise. Nahrungsmittel trugen deutlich weniger zum Inflationsanstieg bei, verzeichneten allerdings eine starke Aufwärtstendenz. Die *ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflation* lag im November 2022 – ebenso wie im Oktober – bei 6,8 % und damit um 1,4 Prozentpunkte höher als im August 2022. Für den Anstieg der Kerninflationsrate war vor allem die Preisentwicklung im Gastgewerbe, bei Mieten sowie dauerhaften Konsumgütern (besonders Möbel), aber auch jene bei der tendenziell volatilen Gruppe „Bekleidung und Schuhe“ verantwortlich.

Der Anstieg der Dienstleistungspreise lag im November 2022 bei 6,1 % und setzte damit den seit Jahresbeginn beobachtbaren Aufwärtstrend weiter fort. Der Preisanstieg im November erreichte den bisher höchsten Wert seit Bestehen der Währungsunion 1999. Die Preisanstiege im Dienstleistungssektor wurden zuletzt vor allem von der Gastronomie und Mietzahlungen getrieben. Bei Restaurants und Cafés erreichte die Teuerungsrate im November 2022 mit 11,2 % ebenfalls einen neuen Höchstwert seit Bestehen der Währungsunion. Die Inflationsrate für Beherbergungsdienstleistungen sank im November erstmals seit Mai 2022 wieder unter 11 % (10,7 %). Die Inflationsrate bei Wohnungsmieten belief sich im November 2022 auf 4,5 %, nachdem sie in den ersten fünf Monaten dieses Jahres noch negativ gewesen war. Dies ist darauf zurückzuführen, dass im April, Juni und November 2022 die Richt- bzw. Kategoriemieten angehoben wurden. Generell dürften viele Dienstleistungsunternehmen aufgrund der nach wie vor starken Nachfrage in der Lage sein, Kostensteigerungen an die Konsumentinnen und Konsumenten weiterzugeben. Im Dienstleistungssektor fallen neben den gestiegenen Energie- und Nahrungsmittelpreisen besonders die gestiegenen Arbeitskosten ins Gewicht, da sie einen hohen Anteil an den Gesamtkosten aufweisen. Umfrageergebnisse der Europäischen Kommission zufolge rechnen die Dienstleistungsunternehmen mit weiter steigenden Preisen.

Die Inflationsrate von Industriegütern ohne Energie setzte ihre dynamische Entwicklung ebenfalls fort und belief sich im November 2022 auf 7,8 %. Damit lag sie auf stabil hohem Niveau deutlich über dem langfristigen Durchschnitt seit 2001 (1 %). Zum einen war die Preisentwicklung für langlebige Konsumgüter, besonders Möbel und Einrichtungsgegenstände, für die Inflationsdynamik in diesem Sektor verantwortlich. Zum anderen weist die tendenziell sehr volatile Kategorie Bekleidung und Schuhe nun schon zwei Monate hindurch überdurchschnittlich hohe Inflationsraten und damit einen deutlichen Beitrag zum Inflationsaggregat auf. Der seit Jahresbeginn beobachtbare starke Anstieg von Preisen für Kraftfahrzeuge ist weiterhin vor allem

⁴ Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

⁵ Detaildaten für den HVPI im Dezember 2022 werden erst am 16. Jänner 2022 publiziert.

auf Gebrauchtwagen zurückzuführen. Sie sind seit Mai 2022 um etwa 25 % teurer als ein Jahr zuvor. Die noch immer vorherrschenden Lieferschwierigkeiten bei Neuwagen dürften die Nachfrage nach gebrauchten Kfz angekurbelt haben. Die Preisanstiege bei energetischen und nicht energetischen Rohstoffen sowie Angebotsengpässe aufgrund des Ukraine-Kriegs gehen langsam zurück. Die Inflationsdynamik der Erzeugerpreise für den Inlandsmarkt ließ seit September nach, zeigte im November mit 22,3 % aber noch immer einen Spitzenwert im langjährigen Durchschnitt. Material- und Ausrüstungsengpässe in der österreichischen Konsumgüterindustrie haben sich zuletzt zurückgebildet, bleiben aber für rund ein Fünftel der Unternehmen das größte Produktionshemmnis. Im dritten Quartal 2022 gaben laut Umfrageergebnissen der Europäischen Kommission beinahe die Hälfte der befragten österreichischen Unternehmen in der Konsumgüterindustrie an, dass Material- und Ausrüstungsengpässe sowie Arbeitskräftemangel die Produktion gehemmt hätten. Zusätzlich wird nun vermehrt unzureichende Nachfrage als Produktionshindernis gesehen. Dies trägt auch dazu bei, dass der Anteil der Unternehmen, die mit steigenden Verkaufspreisen rechnen, seit dem Sommer zurückgeht.

Die Inflationsrate von Energie war im November 2022 mit 45,0 % nach wie vor sehr hoch, lag jedoch deutlich unter der bisher höchsten Inflationsrate vom September 2022 (56,7 %). Der Rückgang von diesem Höchststand ist vor allem auf rückläufige Strom- und Treibstoffpreise zurückzuführen, insbesondere bei Diesel. Allerdings war Diesel auch im November um immer noch beinahe 40 % teurer als ein Jahr zuvor. Die Verbraucherpreise für Gas und Heizöl sanken auch, allerdings blieben deren Inflationsraten weiterhin auf sehr hohem Niveau (Gas: 107,2 %; Heizöl: 76,8 %). Etwas abgefedert wurde die Energiepreisinflation durch die Reduktion der Elektrizitäts- und Erdgasabgabe ab Mai 2022. Im September (und Oktober) 2022 erhöhten einige Energieversorger wie die EVN und Wien Energie ihre Preise deutlich. Mittlerweile aber bieten Stromanbieter wieder Arbeitspreise von unter 25 Cent/kWh an. Sowohl die Großhandelspreise für Gas als auch von Elektrizität sind zuletzt deutlich gesunken. Sie betragen derzeit etwa ein Drittel (Gas) bzw. die Hälfte (Strom) ihres Höchststandes vom August 2022, liegen aber noch immer etwa fünf Mal so hoch wie vor Beginn der Marktstörungen.

Die Verbraucherpreise für Nahrungsmittel (einschließlich Alkohol und Tabak) stiegen im November 2022 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 15,3 % an. Seit Juni 2022 liegt die Inflationsrate persistent über 11 % und erreichte im November einen neuen Rekordwert seit Bestehen der Währungsunion. Seit September 2022 erhöhten sich vor allem die Preise für Brot und Getreide, Fleisch, Milch, Eier und Käse, Obst, Öle sowie Erfrischungsgetränke deutlich. Dies lag nicht zuletzt an der kräftigen Verteuerung der agrarischen Rohstoffpreise und Düngemittel. Wiewohl sich diese Preise seit Mitte des Jahres 2022 auf hohem Niveau eingependelt haben oder teilweise sogar zurückgingen, schlagen sie sich weiterhin in der Lebensmittelproduktionskette nieder und führen zu einem Anstieg der Erzeuger- und Verbraucherpreise.

2 Rückgang der Gesamtinflationsrate im Jahr 2023 auf 6,5 % erwartet⁶

Der im Februar 2022 ausgebrochene Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat die Preise für energetische und nicht energetische Rohstoffe markant verteuert. Auch das Vertrauen der Konsumentinnen und Konsumenten sowie der Unternehmen wurde geschwächt. Die aktuelle Prognose geht davon aus, dass Energieträger nicht rationiert werden müssen. Zudem sollten sich die weltweiten Angebotsengpässe bis Mitte 2023 auflösen. *Die OeNB erwartet in ihrer aktuellen Inflationsprognose einen Rückgang der HVPI-Inflationsrate von 8,6 % im Jahr 2022 auf 6,5 % im Jahr 2023. In den beiden Folgejahren wird die Teuerung auf 3,6 % im Jahr 2024 sowie 2,9 % im Jahr 2025 sinken* (Grafik 1 und Tabelle 2). Die Risiken der Inflationsprognose sind für 2023 und 2024 überwiegend nach oben gerichtet. Insbesondere Einschränkungen der Energielieferungen stellen ein Aufwärtsrisiko für die Inflationsentwicklung dar, aber auch eine stärkere und schnellere Übertragung der Großhandelspreise für Haushaltsenergie auf die Endverbraucherpreise wird als Aufwärtsrisiko gesehen.

Der Rückgang der Inflationsrate im Jahr 2023 geht in erster Linie auf den geringeren Inflationsauftrieb bei Energie zurück. Die Preise von Treibstoffen und Heizöl werden entsprechend den Terminnotierungen von Rohöl zurückgehen. Bei Haushaltsenergie wird in den nächsten Monaten noch mit weiteren Preissteigerungen gerechnet, die allerdings durch das mit Dezember 2022 in Kraft getretene Stromkostenzuschussgesetz wesentlich abgefedert werden. Diese „Strompreisbremse“ sieht eine Subventionierung des Verbraucherpreises für Elektrizität von Dezember 2022 bis Juni 2024 vor. Die Auswirkungen auf die HVPI-Inflation dürften im Jahr 2022 rund –0,1 Prozentpunkte und im Jahr 2023 –0,9 Prozentpunkte betragen. Das Auslaufen der Strompreisbremse Mitte 2024 führt allerdings zu inflationstreibenden Effekten von +0,3 Prozentpunkten im Jahr 2024 und +0,4 Prozentpunkten im Jahr 2025.

Der militärische Konflikt in der Ukraine hat die Weltmarktpreise für Agrarrohstoffe deutlich in die Höhe getrieben, sodass auch 2023 weit überdurchschnittliche Inflationsraten bei Nahrungsmitteln zu erwarten sind.

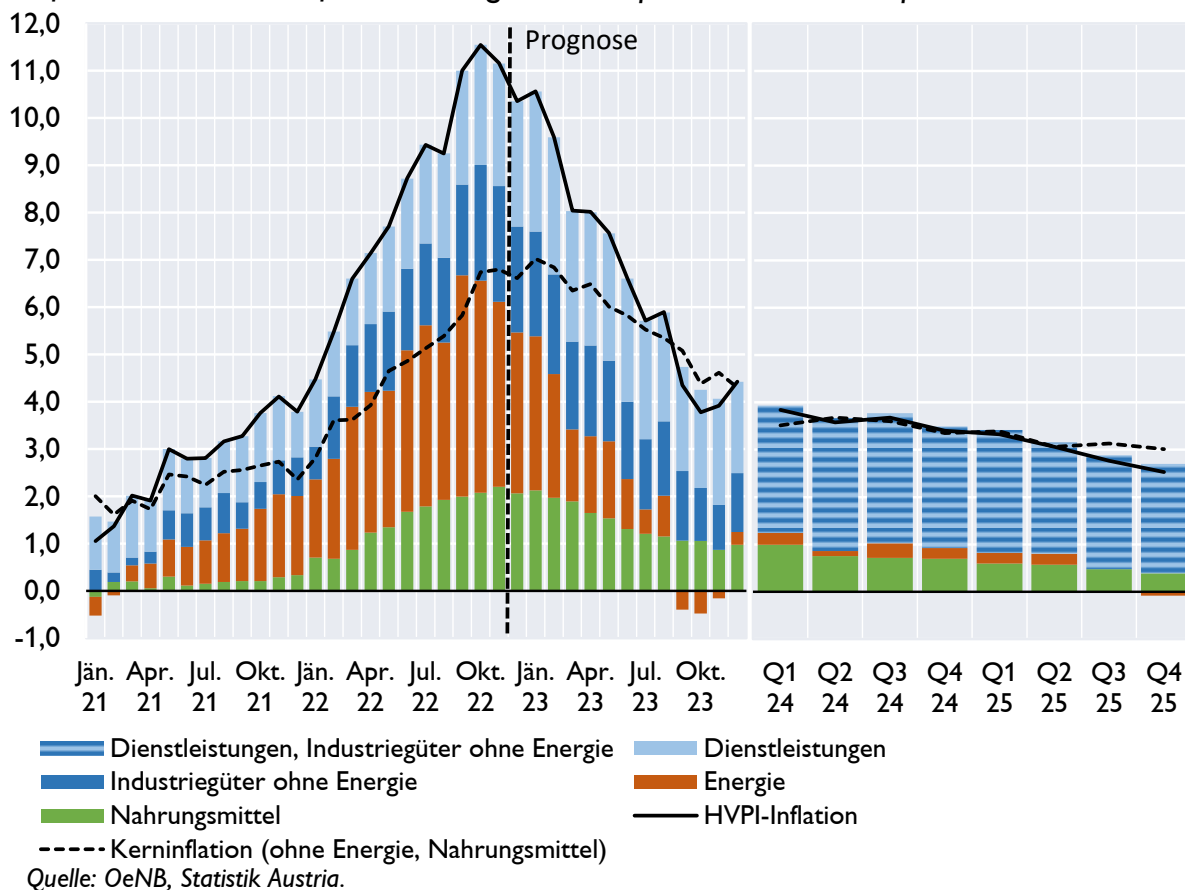
Die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflation steigt 2022 auf 5,0 % und wird 2023 mit 5,6 % sogar noch darüberliegen. Ausschlaggebend dafür sind die aufgrund der verzögerten Inflationsabgeltung kräftig steigenden Lohnkosten sowie indirekte Effekte der Energiepreisentwicklung auf die Teuerung von Dienstleistungen und Industriegütern ohne Energie. Die inflationsdämpfende Wirkung der erwarteten Konjunkturertrübung im Jahr 2023 ist nicht stark genug, um diese Effekte auszugleichen. 2024 und 2025 wird die Kerninflationsrate auf 3,5 % sowie 3,1 % sinken, damit aber über dem langfristigen Durchschnitt bleiben.⁷

⁶ Diese Inflationsprognose ist eine Aktualisierung der [OeNB-Inflationsprognose vom Dezember 2022](#), wobei die neuesten HVPI-Detaildaten für November 2022 einbezogen wurden.

⁷ Die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflationsrate lag in den Jahren 1999 bis 2019 bei durchschnittlich 1,7 %.

Beiträge der Komponenten zur HVPI-Inflation

Inflationsraten in %; Inflationsbeiträge der Komponenten in Prozentpunkten



In der aktuellen Projektion wurde die HVPI-Inflationsrate gegenüber der Prognose vom September 2022⁸ nur geringfügig revidiert (siehe Tabelle 2). Entwicklungen mit gegenläufigen Auswirkungen auf die Teuerung führen zu diesem Ergebnis. Einerseits dämpfen die in den letzten Monaten deutlich gesunkenen Energiepreise auf den Großhandelsmärkten wie auch die verschlechterte Konjunktur im Jahr 2023 die Energie-Inflationsrate. Andererseits ist die Lohnentwicklung nunmehr deutlich dynamischer als in der letzten Prognose erwartet, weshalb vor allem die Teuerungsentwicklung bei Dienstleistungen nach oben revidiert wurde.

⁸ Siehe Abschnitt 2 in [Inflation aktuell Q3/22](#).

Annahmen der OeNB-Inflationsprognose vom Dezember 2022

	Annahmen Dezember 2022					Revisionen gegenüber September 2022		
	2021	2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024
Energie und Wechselkurse						in %		
Erdölpreis (EUR/Barrel Brent)	60,1	100,1	87,1	79,6	75,3	7,0	9,3	7,3
Großhandelspreis Gas (EUR/MWh)	46,6	121,8	121,6	98,2	69,8	-27,4	-48,3	-40,7
Großhandelspreis Elektrizität (EUR/MWh)	111,2	263,0	331,2	231,5	162,7	-33,1	-40,5	-31,6
USD-EUR-Wechselkurs	1,18	1,05	1,02	1,02	1,02	-0,3	0,8	0,8
Nicht energetische Rohstoffpreise	Index 2005 = 100					in %		
Gesamt	198,8	211,7	188,8	190,2	193,4	-0,6	-1,7	0,3
<i>davon Weltmarktpreise für Nahrungsmittel</i>	207,0	243,4	215,5	205,1	199,0	-0,5	-3,9	-4,1
<i>davon Weltmarktpreise für metallische Rohstoffe</i>	198,1	186,6	165,6	167,6	169,9	-1,5	-1,0	-0,1
EU-Erzeugerpreise für Nahrungsmittel	126,3	177,7	188,7	185,4	183,2	2,3	7,9	7,9
Zinsen	in %					in Prozentpunkten		
Drei-Monats-Zinssatz	-0,5	0,4	2,9	2,8	2,6	0,2	1,0	0,7
Rendite 10-jähriger Bundesanleihen	-0,1	1,7	2,7	2,8	2,8	0,3	0,7	0,7

Quelle: Eurosystem.

Tabelle 1 zeigt die wichtigsten externen Annahmen für die OeNB-Inflationsprognose vom Dezember 2022. Gegenüber der Prognose vom September 2022 wurden die Elektrizitäts- und Gasgroßhandelspreise entsprechend den Terminnotierungen markant nach unten revidiert. Dafür dürfte vor allem der gute Füllstand der europäischen Gasspeicher ausschlaggebend sein, der eine Rationierung des Gasverbrauchs in den kommenden Monaten unwahrscheinlich erscheinen lässt.

2.1 Kerninflation beschleunigt sich 2023 aufgrund höherer Lohnabschlüsse

Die Preise für Rohöl erreichten im Juni 2022 ihren Höhepunkt und werden ihren fallenden Trend laut den Terminnotierungen bis Ende 2025 fortsetzen.⁹ Die Großhandelspreise für Gas und Elektrizität erreichten im August 2022 Spitzenwerte, haben sich bis Oktober 2022 aber um mehr als 50 % verringert. In den nächsten Monaten steigen die Terminnotierungen für Strom und Gas saisonal bedingt allerdings wieder an und bleiben im gesamten Prognosehorizont über ihren langfristigen Durchschnitten. 2022 sollte die Jahresinflation von Energie 40,6 % betragen und in den Jahren 2023 bis 2025 auf 9,7 %, 2,6 % bzw. 1,0 % zurückgehen. Staatliche Maßnahmen dämpfen die Energiepreisinflation im Jahr 2022 um 0,3 Prozentpunkte und im Jahr 2023 um 0,6 Prozentpunkte. Aufgrund des Auslaufens der Maßnahmen dürfte es 2024 sowie 2025 zu einem inflationssteigernden Effekt von etwa 0,6 Prozentpunkten sowie 0,4 Prozentpunkten kommen. Die Maßnahmen umfassen die Senkung der Elektrizitäts- und Gasabgabe von Mai 2022 bis Mitte des Jahres 2023, die Aussetzung der Erneuerbaren-Förderpauschale und des Erneuerbaren-Förderbeitrags in den Jahren 2022 und 2023, die Anhebung der CO₂-Bepreisung in mehreren Stufen (Oktober 2022 und jeweils im Jänner 2023, 2024 und Jänner 2025) sowie das

⁹ Der Ölpreis für die Marke Brent Crude betrug im Juni 2022 120 EUR pro Barrel, fiel seither kontinuierlich und sollte entsprechend den Terminnotierungen im vierten Quartal 2025 74 EUR betragen.

Stromkostenzuschussgesetz, das von Dezember 2022 bis Juni 2024 in Kraft ist.¹⁰ Letzteres beinhaltet eine Subventionierung des Elektrizitätspreises für Haushaltskundinnen und -kunden und sollte unter den genannten Maßnahmen die größten inflationsdämpfenden Effekte aufweisen (−0,1 Prozentpunkte im Jahr 2022, −0,9 Prozentpunkte 2023).

Tabelle 2

OeNB-Inflationsprognose vom Dezember 2022¹⁾

	Prognose				Revisionen gegenüber September 2022		
	2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024
	Veränderung zum Vorjahr in %				in Prozentpunkten		
HVPI-Inflation	8,6	6,5	3,6	2,9	0,1	0,0	-0,1
Nahrungsmittel insgesamt	8,9	7,9	4,5	2,9	0,3	1,5	1,3
<i>davon unverarbeitete Nahrungsmittel</i>	10,3	5,3	x	x	0,9	1,2	x
<i>davon verarbeitete Nahrungsmittel</i>	8,6	8,5	x	x	0,2	1,6	x
Industriegüter ohne Energie	5,7	5,2	x	x	0,5	0,1	x
Energie	40,6	9,7	2,6	1,0	-1,5	-4,5	-2,4
Dienstleistungen	4,6	5,9	x	x	0,1	0,4	x
HVPI ohne Energie	5,8	6,0	3,7	3,1	0,2	0,5	0,2
HVPI ohne Energie und Nahrungsmittel	5,0	5,6	3,5	3,1	0,2	0,3	-0,1

1) Bei dieser Prognose handelt es sich um eine Aktualisierung der Inflationsprognose, die am 16. 12. 2022 publiziert wurde.

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Die Inflationsrate für *Dienstleistungen* hat sich seit Jahresbeginn 2022 annähernd verdoppelt. Neben steigenden Lohnkosten haben auch die hohen Energiekosten dazu beitragen. 2022 wurden außerdem die Richtwert- und Kategoriemieten mehrmals angehoben, was ebenfalls zur Aufwärtsentwicklung der Dienstleistungsinflation beigetragen hat. Insgesamt dürften diese Mietzins erhöhungen im Jahr 2022 die Dienstleistungsinflation um rund 0,2 Prozentpunkte sowie die HVPI-Inflationsrate um rund 0,1 Prozentpunkte anheben. In den nächsten Monaten wird mit keiner Abschwächung der Teuerung in diesem Sektor gerechnet. Vor allem in den lohnintensiven Sektoren ist im Jahr 2023 mit zunehmendem Preisdruck zu rechnen. Im Dienstleistungssektor wird 2023 eine Inflationsrate von 5,9 % erwartet (2022: 4,6 %). Damit liegt sie um mehr als das Doppelte über dem langfristigen Durchschnitt des Zeitraums 1999 bis 2019 von 2,3 %.

Auch die Inflationsrate für *Industriegüter ohne Energie* erreichte zuletzt Höchststände. Ausschlaggebend dafür waren die Preissteigerungen auf den vorgelagerten Produktionsstufen sowie die hohen Energiekosten. Für 2022 wird bei Industriegütern ohne Energie eine Jahresinflationsrate von 5,7 % erwartet. In diesem Sektor wird Anfang des Jahres 2023 der Höhepunkt der Teuerung erreicht. Die im Jahr 2023 erwartete Konjunkturertrübung und der damit verbundene Nachfragerückgang sollte den Preisaufrtrieb in diesem Sektor abschwächen.

¹⁰ Die HVPI-Effekte der Maßnahmen für die Jahre 2022 bis 2025 setzten sich wie folgt zusammen. Senkung der Elektrizitäts- und Gasabgabe: 2022 −0,14 Prozentpunkte, 2023 +0,03 Prozentpunkte und 2024 +0,07 Prozentpunkte. Aussetzung der Erneuerbaren-Förderpauschale und des Erneuerbaren-Förderbeitrags: 2022 −0,21 Prozentpunkte, 2023 +0,08 Prozentpunkte und 2024 +0,12 Prozentpunkte. Anhebung der CO₂-Bepreisung: 2022 +0,06 Prozentpunkte, 2023 +0,20 Prozentpunkte, 2024 +0,10 Prozentpunkte und 2025 +0,08 Prozentpunkte. Stromkostenzuschussgesetz: 2022 −0,08 Prozentpunkte, 2023 −0,90 Prozentpunkte, 2024 +0,28 Prozentpunkte und 2025 +0,36 Prozentpunkte.

Trotz des Rückgangs der Teuerung im Laufe des Jahres 2023 bleibt die Inflationsrate für Industriegüter ohne Energie mit 5,2 % im Jahr 2023 weiterhin sehr hoch.

Bei *Nahrungsmitteln (einschließlich Alkohol und Tabak)* wird 2023 eine überdurchschnittliche Inflationsrate von 7,9 % erwartet (2022: 8,9 %). In den kommenden Monaten sollte sich die Teuerung weiter beschleunigen, da die landwirtschaftlichen Produktionskosten (Düngemittel, Treibstoffe, Futtermittel) bis zuletzt deutlich angestiegen sind. Aber auch Angebotsausfälle bei Agrarrohstoffen aufgrund des Ukraine-Kriegs sowie der heiße und trockene Sommer 2022 in Europa dürften die Erzeugerpreise für Nahrungsmittel und in der Folge auch die Verbraucherpreise anheizen. Erst ab Mitte 2023 sollte der „Pipeline-Preisdruck“ ausklingen. 2024 und 2025 wird die Teuerung auf 4,5 % sowie 2,9 % sinken, damit aber über dem langfristigen Durchschnitt des Zeitraums 1999 bis 2019 (2,2 %) bleiben.

Budgetärer Effekt des „Inflationsschocks“ 2021/2022¹¹

Der jüngste Anstieg der Inflation trug zu einem starken Wachstum der staatlichen Einnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen bei, was den Staatshaushalt als großen Profiteur höherer Inflation erscheinen lässt. Drei Faktoren sprechen allerdings dagegen: Erstens, höhere Inflation lässt auch die Staatsausgaben ansteigen. Zweitens ist der aktuelle „Inflationsschock“ ungünstig für die Entwicklung des realen BIP, wodurch die öffentlichen Finanzen über die automatischen Stabilisatoren negativ betroffen sind. Drittens führt der aktuelle Schock zu einer starken Entwertung der verfügbaren Haushaltseinkommen, was großen Druck zur Verabschiedung expansiver Fiskalmaßnahmen erzeugt. Diese Box stellt die ersten beiden Effekte anhand der jüngsten Entwicklung in Österreich dar, der dritte Effekt wurde in „Inflation Aktuell Q3/22“ (Kasten I) erläutert.

Quantifizierung des „Inflationsschocks“ anhand von Revisionen der Konjunkturprognosen

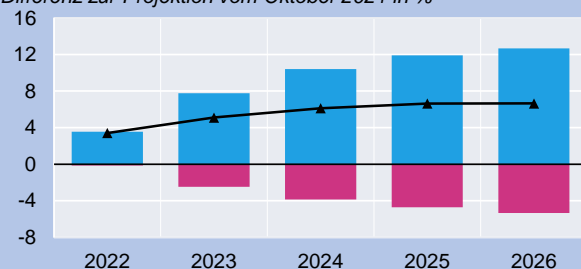
Gemäß dem zugrunde liegenden Beitrag von Holler und Reiss (2023) wird der Effekt des „Inflationsschocks“ 2021/22 quantifiziert, in dem die budgetären Auswirkungen der Revision der WIFO-Prognose vom Oktober 2022 gegenüber dem Oktober 2021 mit Hilfe des FISK-Prognosemodells (Fiskalrat, 2014)¹² quantifiziert werden. Ein Vergleich dieser beiden Prognosen zeigt eine deutliche Aufwärtsrevision des nominellen BIP, der nominellen privaten Konsumausgaben, der Arbeitnehmerentgelte sowie der 10-Jahresrendite von Bundesanleihen (schwarze Linien in Grafik I).

Grafik IKI

Revisionen der makroökonomischen Prognose des WIFO: Oktober 2022 ggü. Oktober 2021

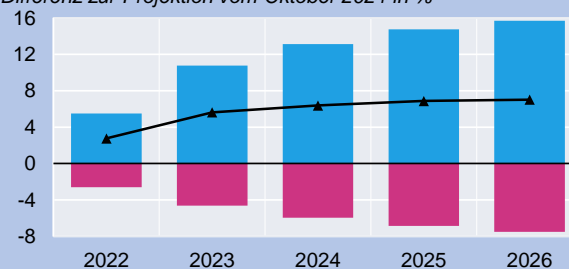
Nominelles BIP

Differenz zur Projektion vom Oktober 2021 in %



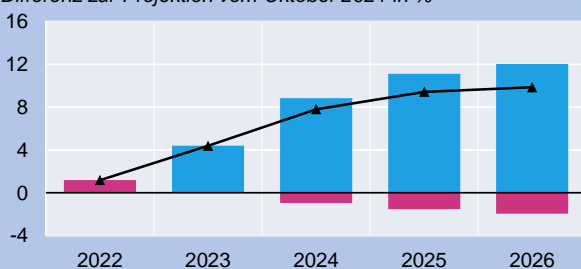
Nominelle private Konsumausgaben

Differenz zur Projektion vom Oktober 2021 in %



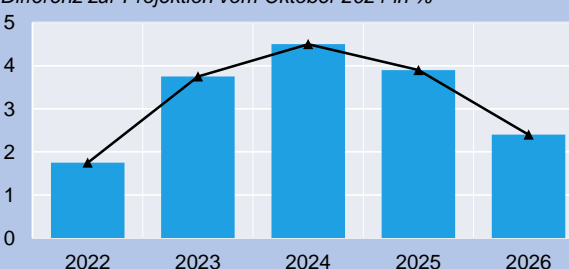
Arbeitnehmerentgelte

Differenz zur Projektion vom Oktober 2021 in %



Rendite 10-jähriger Bundesanleihen

Differenz zur Projektion vom Oktober 2021 in %



■ Revision realer Teil ■ Revision Deflator/ nomineller Teil ▲ Gesamtrevision

Quelle: WIFO, Büro des Fiskalrats, OeNB.

Eine Zerlegung dieser Revisionen in eine „reale“ und eine „Deflator (Preis)“-Komponente zeigt, dass Abwärtsrevisionen des realen BIP und des realen Konsums (rote Balken) durch starke Aufwärtsrevisionen der jeweiligen Deflatoren (blaue Balken) überkompensiert wurden. Zudem stiegen durch die höhere Inflation die

¹¹ Büro des Fiskalrates: johannes.holler@oebn.at und Oesterreichische Nationalbank, Referat Konjunktur: lukas.reiss@oebn.at.

¹² Hier kommt eine aktualisierte Version des entsprechenden Modells zur Anwendung, die im Kern der Modellbeschreibung des Fiskalrates (2014) entspricht. Die Oktober-Projektionen des WIFO sind traditionell eine Grundlage für die Erstellung des Bundesbudgets.

Marktzinsen deutlich. Insgesamt entspricht dies dem zu erwartenden Muster eines adversen Angebotschocks. Der Methodik der FISK-Prognose folgend wird dieser makroökonomische Schock als exogen behandelt.¹³

Effekt auf Budgetsaldo 2022 leicht positiv, mittelfristig aber negativ

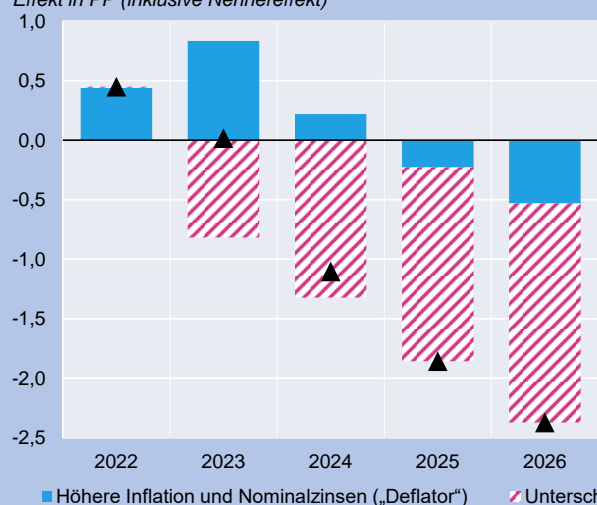
Die Revisionen der makroökonomischen Prognose schlagen sich in vielfältiger Weise auf die Entwicklung der Staatseinnahmen, aber auch der Staatsausgaben nieder. Der Gesamteffekt auf den Finanzierungssaldo ist trotz der großen Revisionen der erwarteten makroökonomischen Entwicklung in den Jahren 2022 und 2023 noch relativ gering. Während sich der Budgetsaldo 2022 aufgrund des Schocks noch leicht verbessert (+0,5 % des BIP), liegt der Effekt 2023 in etwa bei null. In den Folgejahren ist der Budgeteffekt aber klar negativ und beträgt 2026 schon –2,5 % des BIP (schwarze Dreiecke im linken Teil von Grafik 2).

Grafik 2 KI

Effekt der Makro-Prognose-Revision auf die öffentlichen Finanzen

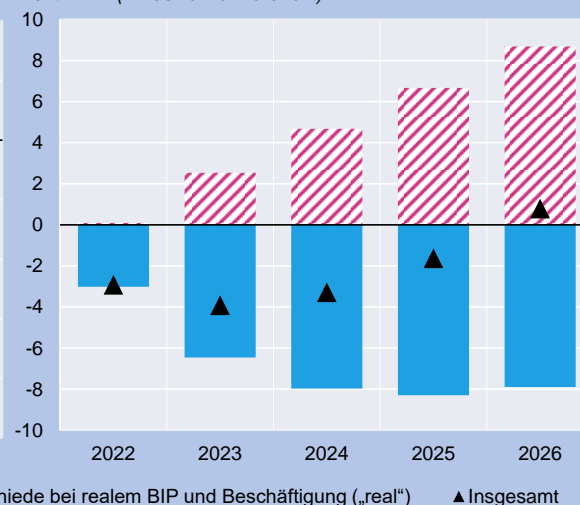
Budgetsaldo (% des BIP)

Effekt in PP (inklusive Nennereffekt)



Schuldenstand (% des BIP)

Effekt in PP (inklusive Nennereffekt)



Quelle: WIFO, Büro des Fiskalrats, OeNB.

Entsprechend der Zerlegung der makroökonomischen Revisionen in Grafik 1 kann der Gesamteffekt auf den Budgetsaldo in den direkten Effekt höherer Inflation („Deflator“-Komponente) und höherer Zinsen (blaue Balken im linken Teil von Grafik 2) sowie in den Effekt des „Inflationsschocks“ auf die Realwirtschaft („reale Komponente“, rot schraffierte Balken im linken Teil von Grafik 2) zerlegt werden. Letzterer Effekt ist aufgrund der Wirkung des niedrigeren realen BIP auf die automatischen Stabilisatoren ab 2023 deutlich negativ und ab 2024 überwiegt dieser Effekt die direkten Folgen höher Inflation und Zinsen bei Weitem.

Der zeitliche Verlauf des direkten budgetären Effekts höherer Inflation (und Zinsen) kann durch die unterschiedlichen zeitlichen Reaktionen der Staatseinnahmen und Staatsausgaben erklärt werden. Der „Inflationsschock“ besitzt eine stärkere unmittelbare Reaktion auf die Staatseinnahmen. Mehreinnahmen aus Umsatzsteuer (indirekte Steuern) und Gewinnsteuern erhöhen die Staatseinnahmen bereits 2022 deutlich. Der Anstieg der Staatsausgaben 2022 ist vorrangig durch Mehrausgaben für Vorleistungen und Zinsendienst getrieben und fällt in Summe etwas geringer aus als der Anstieg der Staatseinnahmen.

Im Jahr 2023 und noch deutlich stärker im Jahr 2024 kommen die budgetären Effekte der verzögerten Inflationsabgeltung sowohl bei Löhnen aber auch bei wichtigen Transferzahlungen wie den Pensionen zusätzlich zum Tragen. Diese erhöhen sowohl die Staatseinnahmen (Lohnsteueraufkommen und Sozialbeiträge) als auch Staatsausgaben (Arbeitnehmerentgelte der öffentlich Beschäftigten, Pensionen). Zudem verstärkt sich die Wirkung höherer Inflation auf jene Transferausgaben, die Zahlungen für die Erbringung öffentlicher Leistungen

¹³ Die hier angenommene Reduktion der Erklärung der Prognoserevisionen auf einen „Inflationsschock“ stellt nur eine grobe Approximation dar, da auch abweichende Prognoseeinschätzungen, Basisrevisionen und potenziell gleichzeitig existierende Alternativschocks eine Rolle für die Revision spielen können.

durch Nicht-Staats-Einheiten mit einer hohen „Lohnkomponente“ darstellen (Ordensspitäler, Privatschulen und -kindergärten etc). Hinzu kommt auf der Ausgabenseite noch ein stetig ansteigender Beitrag deutlich höherer Zinsausgaben.

Die unterschiedliche Entwicklung verschiedener Preisindizes trägt auch negativ zur Entwicklung des Budgetsaldos bei. Da ein signifikanter Teil des „Inflationsschocks“ importiert ist, steigen die Konsumentenpreise (Konsumdeflator, Verbraucherpreisindex) stärker als der BIP-Deflator. Der Verbraucherpreisindex ist eine wichtige Determinante der Ausgabenentwicklung, weil einige Sozialleistungen mit diesem indexiert werden und sich die Anpassung der öffentlichen Löhne und Pensionen an diesem Index orientiert. Der geringer ansteigende BIP-Deflator reflektiert hingegen letztlich auch den Anstieg der im Inland generierten (Lohn- und Gewinn-) Einkommen, welche die wichtigste Grundlage für die Steuereinnahmen bilden. Damit steigen die Staatsausgaben mittelfristig stärker als die Staatseinnahmen.

Schuldenquote wird kurzfristig geringfügig reduziert, mittelfristig aber erhöht

Die mittelfristig negativen Gesamteffekte des „Inflationsschocks“ auf den Budgetsaldo implizieren auch einen Anstieg der Bruttoverschuldung Österreichs in EUR. In Prozent des BIP reduziert der „Inflationsschock“ aber insbesondere in den ersten Jahren durch den Anstieg des nominellen BIP-Wachstums (BIP-Nennereffekt: die Staatsschulden werden durch das nominelle BIP dividiert) die Schuldenquote. Erst ab 2026 übersteigt die kumulierte Verschlechterung des Budgetsaldos und der damit verbundene Anstieg der Bruttoverschuldung den BIP-Nennereffekt und die Schuldenquote steigt an (schwarze Dreiecke im rechten Teil von Grafik 2). Dank der hohen durchschnittlichen Laufzeit der österreichischen Staatsschulden dauert es lange, bis höhere Zinsen voll auf die staatlichen Zinszahlungen durchschlagen. Dafür ist dieser Effekt aber sehr persistent: Im hypothetischen Fall einer Rückkehr der Zinsen im Jahr 2027 auf das Niveau vor dem aktuellen „Inflationsschock“ würde der Zinsendienst durch die teureren Schuldaufnahmen in den Jahren 2022 bis 2026 noch bis zu deren Laufzeitende erhöht bleiben.

Inflationsindexierung von Familienleistungen und Einkommensteuerstufen hat großen Effekt

Ab 2023 werden die sozialen Geldleistungen im Familienbereich sowie die Einkommensteuer-Tarifstufen und wichtigsten Absetzbeträge an die vergangene Inflation indexiert. Ohne diese Veränderung hätte ein Anstieg der Inflation (bei konstanter Entwicklung des realen BIP) auch mittelfristig eine positive Auswirkung auf den Budgetsaldo. Allerdings wäre eine jahrelange Nicht-Indexierung in diesen fiskalischen Bereichen im Speziellen bei hoher Inflation sozial und politisch schwer begründbar. Die Tarife einiger wichtiger Verbrauchs- und Verkehrssteuern (insbesondere Mineralölsteuer und motorbezogene Versicherungssteuer) bleiben auch weiterhin nominell fixiert und werden nicht an die Inflation angepasst, wodurch es bei positiver Inflation zu einer realen Entwertung der Tarife dieser Abgaben kommt.

Literatur

Fiskalrat. 2014. Fiscal Forecasts of the Austrian Fiscal Advisory Council: Forecasting Principles and Methods. November 2014. Wien.

Fiskalrat. 2022. Bericht über die Einhaltung der Fiskalregeln 2021–2026. Wien.

Holler, J. und Reiss, L. 2023. Quantifying the impact of the 21/22 inflation shock on Austrian public finances. Forthcoming in: Monetary Policy & the Economy. OeNB.

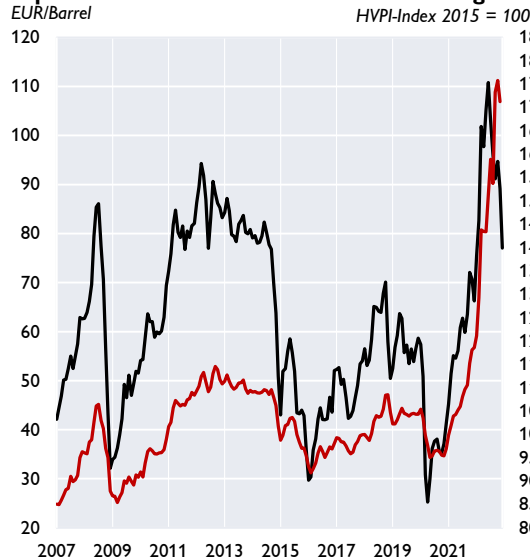
3 Grafikanhang: Erklärungsfaktoren für die aktuelle Preisentwicklung

3.1 Leichte Entspannung bei Ölpreisen und Rohstoffen

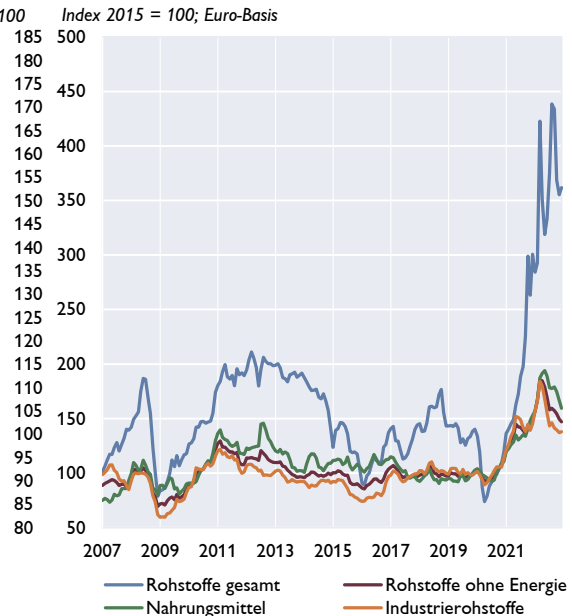
Grafik A1

Rohstoffpreise

Ölpreis und österreichischer HVPI für Energie



HWWI-Rohstoffpreisindex



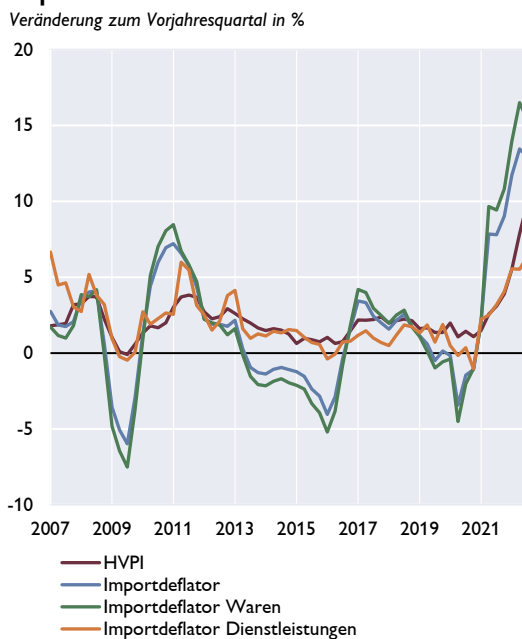
Quelle: Macrobond, Eurostat, HWWI.

3.2 Importpreise sinken bei geringer Erholung des Euro

Grafik A2

Importpreise und Wechselkurse

Importdeflator und HVPI



Quelle: WIFO, Statistik Austria, Macrobond.

Wechselkurse



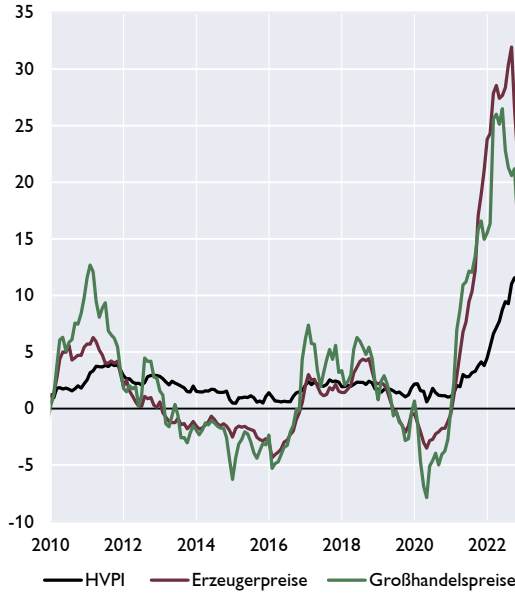
3.3 Anstieg der Großhandels- und Erzeugerpreise rückläufig – Ausnahme Konsumgüter

Grafik A3

Indikatoren der vorgelagerten Preiskette

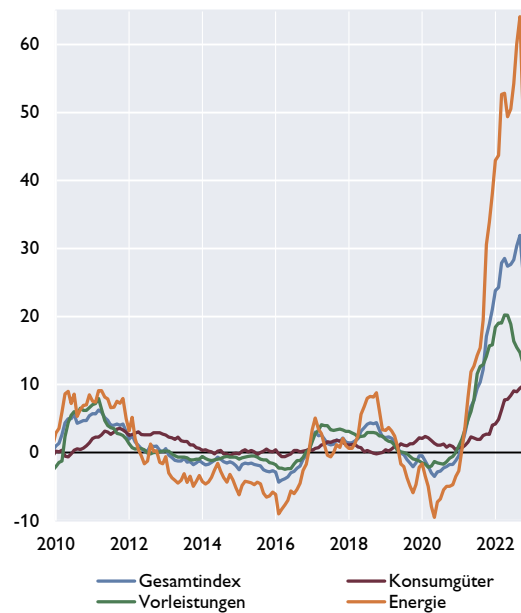
HVPI, Erzeugerpreise und Großhandelspreise

Veränderung zum Vorjahr in %



Erzeugerpreise Inlandsmarkt

Veränderung zum Vorjahr in %



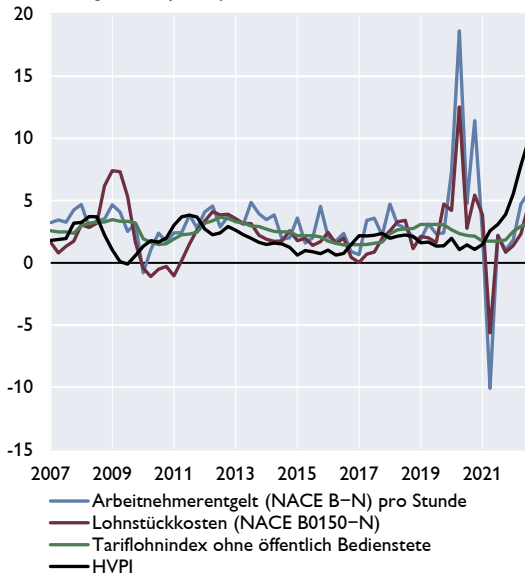
3.4 Anstieg der Lohninflation

Grafik A4

Arbeitskostenindikatoren und Profite

Arbeitskostenindikatoren der Privatwirtschaft

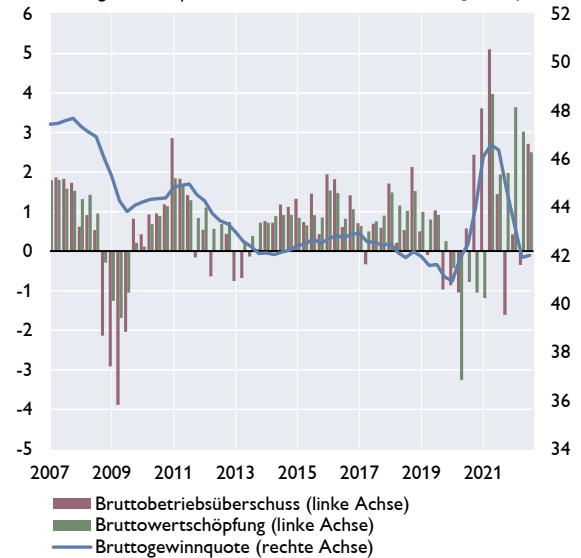
Veränderung zum Vorjahresquartal in %; nominell



Profitentwicklung nichtfinanzieller Unternehmen

Veränderung zum Vorquartal in %

Bruttogewinnquote¹



Quelle: Statistik Austria, Eurostat.

¹ Bruttogewinnquote = Bruttobetriebsüberschuss / Bruttowertschöpfung * 100

3.5 Überdurchschnittliche Kapazitätsauslastung in der Industrie

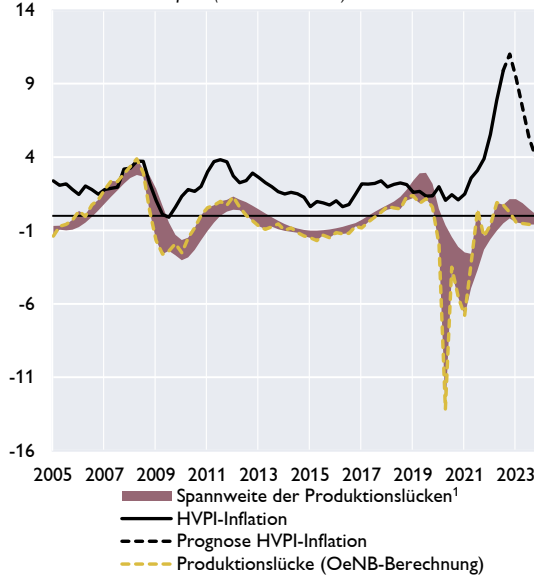
Grafik A5

Indikatoren der Produktionsauslastung

Produktionslücke und Inflation

Veränderung zum Vorjahr in % (HVPI-Inflation)
in % des Potenzial-Outputs (Produktionslücke)

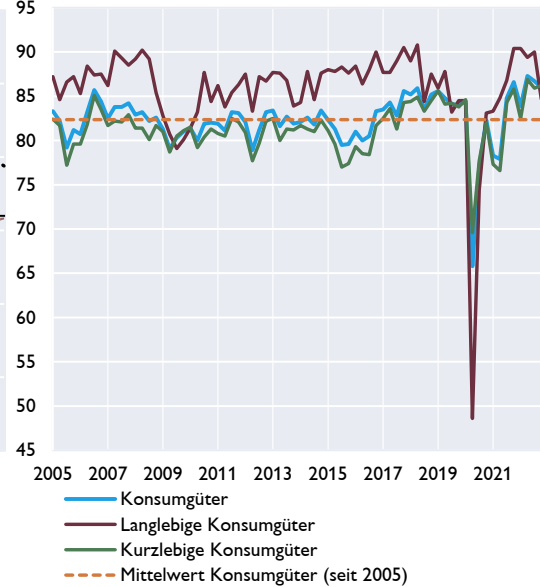
Letzter Wert: Q4 24



Kapazitätsauslastung in der Industrie

Kapazitätsauslastung in %

Letzter Wert: Q4 22



Quelle: OeNB, Eurostat, Statistical Data Warehouse, WIFO-Konjunkturtest.

¹Minimum-Maximum-Bereich der Schätzungen des IWF, der Europäischen Kommission und der OeNB.

3.6 Kurzfristige Inflationserwartungen der Prognoseinstitute weiter angestiegen

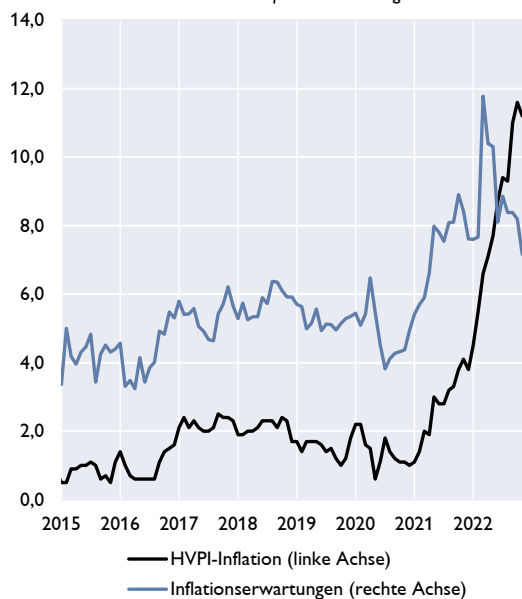
Grafik A6

Inflationserwartungen

Haushalte – EK Business and Consumer Survey

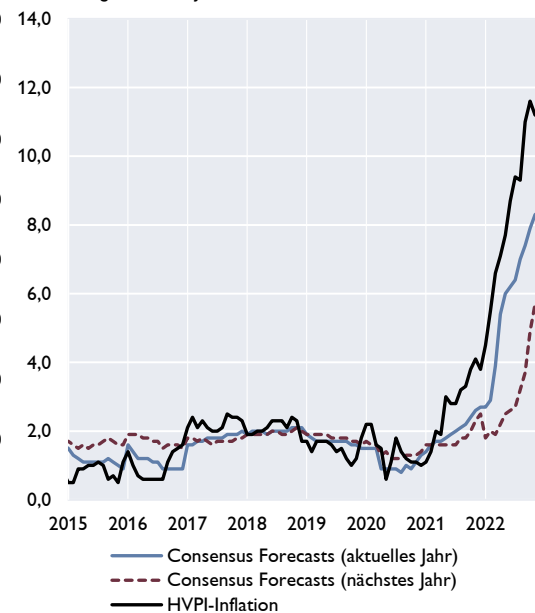
in %

Saldo aus positiven und negativen Antworten



Prognoseinstitute

Veränderungen zum Vorjahr in %



Quelle: Europäische Kommission, Consensus Forecasts, Statistik Austria.